SRL Swiss | Menschenrechtsbulletin

Ausgabe 4 | 20.–26. Oktober 2026 | Originalausgabe: 27. Oktober 2026



Archiv: Lager im Tschad für Menschen, die aus dem Sudan fliehen, 16. Mai 2023. Henry Wilkins / VOA, Public Domain. Kein Foto der Angriffe dieser Woche.

Leitartikel | Zivilschutz im Sudan

Neue Aussagen zu Drohnenangriffen im Sudan und Aussagen von El Fasher machen das Recht auf Leben und Zivilschutz in dieser Woche zum Hauptaugenmerk. Die von den Opferzahlen abgedeckten Zeiträume und die Grenzen der Quellenverifizierung werden gesondert angegeben.

Weitere Höhepunkte sind die Rückkehr nach Afghanistan, Proteste und biometrische Überwachung in Europa, die Todesstrafe im Iran sowie zivile Sicherheits- und Gesundheitspersonal in Palästina und Israel. Neue Aufzeichnungen aus Myanmar und Bangladesch, die von Freiwilligen eingereicht wurden, wurden mit ihren Quellen verglichen und in die Auswahl aufgenommen.

In dieser Ausgabe

2 Sudan • 3 Rückkehr und Kinderschutz • 4 Freiheiten in Europa • 5 Todesstrafe und Pressefreiheit • 6 Palästina, Israel und Jemen • 7 Myanmar, Bangladesch und Nigeria • 8 Folgemaßnahmen und redaktionelle Grundsätze

Stand der Quellenausgabe: 26. Oktober 2026. Die Erlaubnis zur Wiederveröffentlichung einiger Quellfotos wurde nicht verifiziert.

Cover-Foto und Nutzungsprotokoll

26. Oktober 2026 • SRL Swiss • 1

Quellen und weiterführende Links — 1. commons.wikimedia.org

SRL Swiss | Menschenrechtsbulletin

20.–26. Oktober 2026

Leitartikel | Zivilschutz im Sudan



Archiv / Kontext: Tschad, 16. Mai 2023. Henry Wilkins / VOA, Public Domain.

Neue Aussagen: 23. und 26. Oktober 2026 • Drohnenangriffsdaten: die ersten drei Oktoberwochen • El Fasher Zeugnis: neue Forschung zu früheren Ereignissen.

Drohnenangriffe und neues Zeugnis von El Fasher

Anadolu und Sudan Tribune berichten unter Berufung auf UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk von mindestens 306 Toten und Hunderten Verletzten durch Drohnenangriffe in den ersten drei Oktoberwochen. Dies ist nicht die Opferzahl für den 20.–26. Oktober. Betroffen waren unter anderem Häuser, Märkte, Gesundheitseinrichtungen und Unterkünfte für Vertriebene. Verschiedene Angriffe werden der sudanesischen Armee oder den Rapid Support Forces (RSF) zugeschrieben. Ein einheitlicher Täter darf nicht für alle Vorfälle vorausgesetzt werden.

Die am 23. Oktober veröffentlichte separate Untersuchung von Amnesty International enthält Berichte von Zivilpersonen, die aus El Fasher flohen, über Haft, Folter, Lösegeldforderungen, Zwangsarbeit und verweigerte Gesundheitsversorgung. Grundlage sind im August und September geführte Interviews mit 19 Einwohnern und sechs humanitären Mitarbeitenden. Amnesty zufolge wurden die Ergebnisse am 9. Oktober an die RSF gesandt. Bis zur Veröffentlichung sei keine Antwort eingegangen. Neu ist die Veröffentlichung der Aussagen.

26. Oktober: Sanktionen und Unterstützung für Überlebende

Am 26. Oktober kündigte das Vereinigte Königreich Reiseverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten gegen 15 hochrangige Kommandeure der sudanesischen Armee und der RSF wegen Verdachts auf schweren Missbrauch, einschließlich konfliktbedingter sexueller Gewalt, an. Sie kündigte auch 5 Millionen Pfund für Überlebende sexueller Gewalt und 10 Millionen Pfund für humanitäre Unterstützung an. Sanktionen sind keine strafrechtlichen Verurteilungen; Untersuchungen zur individuellen Verantwortung und zum Schutz der Opfer erfordern eine Nachverfolgung.

Britische Regierung • 26. Oktober

Auswirkungen auf die Rechte und Überprüfung

Sichere Flucht, Behandlung und humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung sind dringende Prioritäten. Gemeinsamer Artikel 3, das Folterverbot und die Grundsätze der Unterscheidung, der Verhältnismäßigkeit und der Vorsichtsmaßnahmen bei Angriffen bilden den entsprechenden Rahmen. Die Umstände und die Verantwortung für jeden Angriff erfordern eine individuelle Prüfung.

Die OHCHR-Seite konnte nicht direkt aufgerufen werden. AA und Sudan Tribune geben die gleiche UN-Erklärung weiter; sie sind nicht zwei unabhängige Feldzählungen. Das Zeugnis von El Fasher stammt aus einer separaten Untersuchung.

AA • Erklärung der Vereinten Nationen • 23. Oktober

Sudan Tribune • 25. Oktober

Amnesty • El Fasher Forschung • 23. Oktober

26. Oktober 2026 • SRL Swiss • 2

Quellen und weiterführende Links — 1. amnesty.org · 2. sudantribune.com · 3. aa.com.tr · 4. gov.uk

SRL Swiss | Menschenrechtsbulletin

20.–26. Oktober 2026

Rückführungen und Kinderschutz

Schweiz und Afghanistan: Schutzgarantien



Eine am 24. Oktober von SWI veröffentlichte WAV/Le-Courrier-Recherche berichtet über die Weitergabe personenbezogener Daten von Afghanen, denen eine Abschiebung drohte, an die Taliban-Verwaltung. Das SEM erklärt, drei Personen seien nach Gesprächen im August 2025 zurückgeführt worden. Die Verfahren hätten auf Gerichtsentscheiden beruht. Anwälte hinterfragen die Datenweitergabe und die Sicherheit nach der Rückführung. Unabhängig davon warnten UN-Experten die EU-Staaten am 22. Oktober davor, Afghanen zurückzuführen, die schwerwiegenden Gefahren ausgesetzt sind.

Afghanistan, 15. August 2026. EPA / Samiullah Popal, SWI. Archiv; keine Deportationsszene.

Rechte und Folgemaßnahmen: EMRK Artikel 3 und 8; Übereinkommen gegen Folter (CAT), Artikel 3. Die Untersuchung und die UN-Erklärung sind neue Entwicklungen. Sicherheit nach der Rückkehr und individuelle Risikobewertungen erfordern eine Überwachung; die Erklärung ist kein Gerichtsurteil.

SWI • Dokumente und Antwort des SEM • 24. Oktober

UN / UNRIC • Bericht der Erklärung vom 22. Oktober

Vereinigte Staaten und Sierra Leone | Risiko einer Weiterschiebung



Laut Amnesty-Eilaktion vom 23. Oktober überstellten die USA am 12. Oktober drei Personen, die gerichtlichen Schutz vor einer Rückführung in ihre Herkunftsländer hatten, zusammen mit fünf weiteren Personen nach Sierra Leone. Den drei Betroffenen droht nach Angaben von Amnesty eine Weiterschiebung in ihre Herkunftsländer. Eine weitere Überstellung wurde nicht bestätigt.

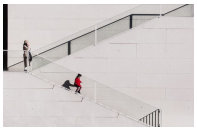
Flughafen Freetown, 28. Januar 2024. Davidbstanley / Commons, CC0. Archiv; nicht die Übertragung.

Rechte und Folgemaßnahmen: CAT Artikel 3; individuelle Risikobewertung. Folgen Sie den aktuellen offiziellen Antworten und dem Aufenthaltsort der Personen.

Amnestie • Dringender Appell • 23. Oktober

Bildquelle • Freetown / CC0

Schweiz: Kinder im Nothilfesystem



Am 21. Oktober veröffentlichte Asile.ch einen Aufruf des Flüchtlingsparlaments und rund 30 Organisationen zur Verbesserung der Unterbringung, Bildung und Privatsphäre von Kindern. Das zugrunde liegende Positionspapier ist auf den 4. Oktober datiert; dies ist kein neues Gerichtsurteil.

Asile.ch / Pexels Quelle Foto. Illustrativ; nicht die Kinder in diesem Bericht. Datum nicht näher bezeichnet.

Rechte und Folgemaßnahmen: Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Artikel 3, 16, 27 und 28. Überwachung der kantonalen Reaktionen und praktischen Verbesserungen.

Asile.ch • Gemeinsame Position • 21. Oktober

26. Oktober 2026 • SRL Swiss • 3

Quellen und weiterführende Links — 1. asile.ch · 2. commons.wikimedia.org · 3. amnesty.org · 4. unric.org · 5. swissinfo.ch

SRL Swiss | Menschenrechtsbulletin

20.–26. Oktober 2026

Meinungsfreiheit und Sicherheit in Europa

Frankreich: Sicherheit von Journalisten und rassistische Gewalt



Die Veröffentlichung von RSF vom 21. Oktober hebt Gewalt und Behinderung von Journalisten hervor, die über Proteste berichten. Die Herausforderungen von LDH gegen Demonstrationsverbote sind auch für die Sicherung friedlicher Versammlungen relevant. In einem separaten Fall bezeichnete LDH einen Anschlag vom 23. Oktober in Trappes und La Verrière, bei dem eine Person starb und fünf verletzt wurden, als rassistische und islamophobe Gewalt.

RSF-Quellenfoto, 21. Oktober Veröffentlichung. Proteste, nicht der Trappes-Angriff. Datum nicht näher bezeichnet.

Rechte und Folgemaßnahmen: EMRK Artikel 2, 10, 11 und 14. Die Charakterisierung des Motivs wird der LDH zugeschrieben; die Anklageakte wurde nicht geprüft. Vorfälle, die Journalisten betreffen, und individuelle Verbotsentscheidungen erfordern eine separate Untersuchung.

RSF • Frankreich • 21. Oktober

LDH • Trappes • 24. Oktober

Europarat • Garantien der friedlichen Versammlung

Vereinigtes Königreich: Gesichtserkennung für Oxford Street geplant



Laut der Erklärung von Liberty vom 23. Oktober plant die Polizei, im Dezember in der Oxford Street feste Kameras mit Live-Gesichtserkennung zu installieren. Liberty widersetzt sich der Expansion, bevor ein spezifischer Rechtsrahmen und unabhängige Aufsichtsgarantien vorhanden sind. Die Kameras funktionieren noch nicht.

Liberty Quelle Foto von Live-Gesichtserkennung. Nicht die Oxford Street Installation. Datum nicht näher bezeichnet.

Rechte und Folgemaßnahmen: EMRK Artikel 8; Privatsphäre, Datenschutz und falsche Übereinstimmungen. Es gibt keine Feststellung einer Verletzung in Bezug auf eine bestimmte Person in diesem Stadium.

Liberty • 23. Oktober

Deutschland und Tadschikistan | Haftstrafe für einen abgeschobenen Aktivisten



HRW berichtete am 22. Oktober, dass der aus Deutschland abgeschobene tadschikische Aktivist Boboev zu 17 Jahren Haft verurteilt worden sei. Der Fall wirft Fragen zur Risikobewertung vor der Entfernung und zum wirksamen Schutz auf.

Asadullo Boboev. HRW-Quellenporträt. Datum und Fotograf nicht spezifiziert.

Rechte und Folgemaßnahmen: CAT Artikel 3; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), Artikel 9 und 14. Eine unabhängige Prüfung des vollständigen Urteils und der Verfahrensgarantien ist erforderlich.

HRW • Boboev • 22. Oktober

26. Oktober 2026 • SRL Swiss • 4

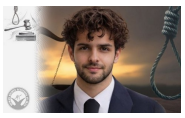
Quellen und weiterführende Links — 1. hrw.org · 2. libertyhumanrights.org.uk · 3. coe.int · 4. ldh-france.org · 5. rsf.org

SRL Swiss | Menschenrechtsbulletin

20.–26. Oktober 2026

Todesstrafe und Pressefreiheit

Iran: Getrennte Todesstrafen



HRANA berichtet, dass Ilya Ben-Rashid am 20. Oktober über sein Todesurteil informiert wurde. IHR berichtet, dass mehr als 200 Todesgefangene in Ghezelhesar über eine Zwangsumsiedlung informiert wurden, was möglicherweise das Hinrichtungsrisiko erhöht. Im Bericht des IHR vom 21. Oktober heißt es, dass Manouchehr Fallahs Urteil erneut bestätigt und sein Fall an die Vollstreckungseinheit geschickt wurde. Diese Entwicklungen belegen nicht, dass die Urteile vollstreckt wurden.

Ilya Ben-Rashid. HRANA, 21. Oktober Veröffentlichung. Quelle: Porträtgrafik; Datum nicht angegeben.

Rechte und Folgemaßnahmen: ICCPR Artikel 6 und 14: Leben und faires Verfahren. Vollständige Urteile und der Überweisungsbefehl wurden nicht unabhängig überprüft. Überstellungen, der Zugang zu Anwälten und Möglichkeiten, Hinrichtungen zu stoppen, bedürfen einer dringenden Überwachung.

HRANA • Ben-Rashid • 21. Oktober

IHR • Ghezelhesar • 20. Oktober

IHR • Fallah • 21. Oktober

Aserbaidschan | Lange Haftstrafen für Journalisten beantragt



CPJ zufolge beantragte die Staatsanwaltschaft für Journalisten von Meclis.info Haftstrafen von bis zu zwölf Jahren. Ein Strafantrag ist keine vom Gericht verhängte Strafe. Beobachtet wird der Zusammenhang zwischen journalistischer Arbeit und strafrechtlichen Vorwürfen.

Baku, 19. September 2023. AFP/Tofik Babayev, CPJ. Archiv; keine Gerichtsverhandlung.

Rechte und Folgemaßnahmen: EMRK Artikel 5, 6 und 10. Befolgen sie die entscheidung des gerichts, beweise und verteidigungseinwände.

CPJ • Meclis.info • Oktober 2026

Türkiye: Mehmet Baransu und Verfahren gegen Journalisten



Mehmet Baransus seit März 2015 andauernder Freiheitsentzug wird weiter beobachtet. MLSA berichtete am 22. Oktober, das nach der Beschwerde von Dursun Çiçek eröffnete Verleumdungsverfahren sei auf den 11. Februar 2027 vertagt worden, damit die Staatsanwaltschaft ihre abschliessende Stellungnahme vorlegen könne. Baransu bestritt die Anklage und beantragte Freispruch. Der Beschwerdeführer wiederholte seine Vorwürfe. MLSA berichtete auch über die Haft von İsmail Arı und Murat Ağırel. Die Meldung zu Ağırel stammt vom 19. Oktober und wird als Nachverfolgung des vorangegangenen Zeitraums aufgeführt.

Mehmet Baransu. Archivporträt aus dem Bericht von MLSA vom 22. Oktober. Fotodatum nicht angegeben.

Rechte und Folgemaßnahmen: EMRK Artikel 5, 6 und 10. Baransu Untersuchungshaft und verurteilte Häftlingsstatus in getrennten Fällen müssen unterschieden werden; die Vertagung ist keine neue Gefängnisstrafe.

MLSA • Baransu Anhörung • 22. Oktober

CPJ • Fall Mehmet Baransu

MLSA • Wöchentliches Bulletin • 23. Oktober

26. Oktober 2026 • SRL Swiss • 5

Quellen und weiterführende Links — 1. mlsaturkey.com · 2. cpj.org · 3. mlsaturkey.com · 4. cpj.org · 5. iranhr.net · 6. iranhr.net · 7. en-hrana.org

SRL Swiss | Menschenrechtsbulletin

20.–26. Oktober 2026

Schutz in Palästina, Israel und Jemen

Palästina: Vertreibung in Hebron



Reuters berichtete am 24. Oktober unter Berufung auf lokale Beamte, dass rund 1.200 Palästinenser während der israelischen Militäroperation in Hebron vertrieben wurden. Die Zahl stammt von lokalen Beamten und wurde nicht unabhängig verifiziert. Bewegungseinschränkungen und Schwierigkeiten beim Zugang zu Häusern beeinträchtigen das tägliche Leben und die Sicherheit.

Hebron, 8. September 2015. بدارين / Commons, CC BY-SA 4.0. Archiv; nicht die operation dieser woche.

Rechte und Folgemaßnahmen: Zivilschutz, Wohnen, Familienleben und Zugang zur Gesundheitsversorgung. Überwachen Sie den Umfang der Operation, die Rückkehrmöglichkeiten und den individuellen Schaden.

Reuters • Hebron • 24. Oktober

AP • Westbank-Operation

Israel: Aufruf zur Freilassung von Ärzten aus Gaza



Am 21. Oktober forderten CIVICUS und Physicians for Human Rights Israel (PHRI) die Freilassung von Dr. Hussam Abu Safiya und 13 weiteren Ärzten aus Gaza. Laut ihrer gemeinsamen Erklärung hält Israel die Ärzte ohne Anklage fest. Die Organisationen forderten den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Anwälten und Familienmitgliedern. Die Inhaftierung der Ärzte erschwert auch den Zugang zu Behandlungen für Patienten in Gaza.

Dr. Hussam Abu Safiya Foto zur Verfügung gestellt von Elyas Abu Safiya / ABC News. Datum nicht näher bezeichnet.

Rechte und Folgemaßnahmen: Freiheit und Sicherheit, faires Verfahren und Gesundheit; Verbot von Folter und Misshandlung. Der Rechtsstatus und die Haftbedingungen jedes Arztes erfordern eine separate Überwachung.

CIVICUS / PHRI • Appell an 14 Ärzte • 21. Oktober

Bildquelle • Dr. Abu Safiya / ABC News

Jemen: Humanitäre Hilfe und ziviles Leben in Taiz



Ein humanitäres Briefing der Vereinten Nationen vom 23. Oktober unterstreicht die Bedürfnisse von rund 800.000 Menschen in Taiz. Dies ist keine Zahl der Todesopfer oder eine Zahl neuer Opfer. Bewegungsbeschränkungen und Hindernisse für den humanitären Zugang beeinträchtigen Lebensmittel, Gesundheit und sichere Lebensbedingungen.

Taiz, 6. Juni 2014. Anas Alhajj / Commons, CC BY-SA 2.0. Archivansicht.

Rechte und Folgemaßnahmen: Humanitärer Zugang und Zivilschutz. Befolgen Sie den Zeitraum, der von der Bedarfsanalyse und den Zugangshindernissen abgedeckt wird.

UN • Jemen und humanitäre Hilfe • 23. Oktober

26. Oktober 2026 • SRL Swiss • 6

Quellen und weiterführende Links — 1. unognewsroom.org · 2. abcnews.com · 3. civicus.org · 4. apnews.com · 5. reuters.com

Myanmar, Bangladesch und Nigeria

Myanmar: Separate Angriffe und neu dokumentierte Todesfälle



MSF meldete zwei Tote und 17 Verletzte bei dem Vorfall in Sittwe am 23. Oktober. Die AAPP-Bulletins vom 22.–23. Oktober verzeichnen davon getrennt zwei zivile Todesopfer beim Angriff auf Pauktaw am 20. Oktober und neun, darunter ein Säugling, beim Angriff auf den Hafen von Paletwa am 18. Oktober. Dies sind unterschiedliche Ereignisse. AAPP dokumentierte für den 1.–23. Oktober 44 getötete Frauen und Mädchen. Dies ist keine Wochenzahl und darf nicht mit sechs unbestätigten Meldungen oder Einzelereigniszahlen addiert werden.

© MSF. Quelle veröffentlicht am 24. Oktober. Kontextbild; nicht der Angriff. Fotodatum nicht angegeben.

Rechte und Folgemaßnahmen: Recht auf Leben; Gemeinsamer Artikel 3, Unterscheidung und Vorsichtsmaßnahmen. Eine unabhängige Überprüfung der einzelnen AAPP-Aufzeichnungen steht noch aus.

MSF • Rakhine • 24. Oktober

AAPP • 23. Oktober

AAPP • 22. Oktober

Bangladesch: Purbachal-Razzia und summarisches Verfahren



The Daily Star berichtete am 25. Oktober, bei der Razzia vom 20. Oktober seien mindestens 85 Menschen, darunter 26 Frauen, festgenommen und nach kurzen Verfahren verurteilt worden. Vier Menschenrechtsorganisationen und 101 Bürger verlangten Ermittlungen und eine gerichtliche Überprüfung. Die Polizei gibt an, Drogen beschlagnahmt zu haben. Menschenrechtsgruppen kritisieren den beschränkten Zugang zur Verteidigung und die öffentliche Preisgabe von Identitäten.

Rechtsanwältin Sara Hossain, Unterzeichnerin der Berufung. Das Daily Star Source Portrait; nicht der Raid.

Rechte und Folgemaßnahmen: ICCPR Artikel 9, 14 und 17. Urteilstexte wurden nicht geprüft; Vorwürfe der Rechtswidrigkeit sind keine endgültigen gerichtlichen Feststellungen.

Der Daily Star • 25. Oktober

Nigeria: Gerichtsverfahren wegen Sozialhilfefonds



SERAP gab am 25. Oktober bekannt, dass sie beim ECOWAS-Gericht Klage wegen Anschuldigungen eingereicht habe, die mehr als 78,8 Milliarden Naira an Sozialhilfeausgaben betreffen. Die geprüften Ausgaben beziehen sich auf 2023-2024; die neue Entwicklung ist der Gerichtsantrag.

ECOWAS Gericht. SERAP-Quellenfoto mit Emblem-Overlay. Fotodatum nicht angegeben.

Rechte und Folgemaßnahmen: Sozialschutz und wirksamer Rechtsbehelf. Die Einreichung eines Falles ist keine Feststellung eines Verstoßes; der vollständige Auditbericht und die Reaktion der Regierung wurden nicht überprüft.

SERAP • ECOWAS-Antrag • 25. Oktober

Nigeria: Folgemaßnahmen zu Beschränkungen der politischen Meinungsäußerung



Der Bericht der DW vom 20. Oktober beschreibt die Festnahme von fünf Personen in Borno im September im Zusammenhang mit "Tinubu Must Go"-T-Shirts und die Blockierung eines Treffens in Kano zwei Wochen später. Die Polizei zitiert die öffentliche Ordnung und vermutete Substanzen; Rechtsverteidiger sagen, dass politische Kritik bestraft wird. Diese Festnahmen fanden in dieser Berichtswoche nicht statt.

DW / Borno Staatspolizei. Beschlagnahmte T-Shirts vom September-Vorfall. Fotodatum nicht angegeben.

Rechte und Folgemaßnahmen: Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Überwachung der Grundlage der Anklagepunkte und der nachfolgenden Verfahren.

DW • Neuer Bericht / frühere Veranstaltungen • 20. Oktober

26. Oktober 2026 • SRL Swiss • 7

Quellen und weiterführende Links — 1. amp.dw.com · 2. serap-nigeria.org · 3. thedailystar.net · 4. aappb.org · 5. aappb.org · 6. msf.org

Folgemaßnahmen und redaktionelle Grundsätze

Ägypten: Neue Dokumentation und laufende Fälle



In der gemeinsamen Erklärung des EFHR vom 21. Oktober wird eine unabhängige Untersuchung der tödlichen Angriffe auf Bergleute in der Nähe der sudanesischen Grenze am 10. Oktober gefordert. Ihre Veröffentlichung vom 20. Oktober berichtet, dass seit der zweiten Augusthälfte rund 125 Verwandte von Dissidenten inhaftiert sind; dies ist keine wöchentliche Gesamtzahl. Die letzte verifizierte Folgemaßnahme zu den Matsadaash-Journalisten ist die Verlängerung der Haft, die am 14. Oktober gemeldet wurde.

Mining-Foto von EFHR 21. Oktober Erklärung. Datum und Fotograf unspezifiziert; nicht der Angriff.

Rechte und Follow-up: Leben, Freiheit und effektive Untersuchung. Die Verantwortung Ägyptens für die Angriffe und individuelle Haftfälle erfordern eine weitere Prüfung.

EFHR • Angriffe auf Bergleute • 21. Oktober

EFHR • Inhaftierung von Angehörigen • 20. Oktober

Kenia: Follow-up zu einem neuen Bericht über frühere Proteste



Der Amnesty-Bericht vom 19. Oktober dokumentiert Vorwürfe willkürlicher Festnahmen, Entführungen, Folter, Überwachung und Behinderung journalistischer Arbeit bei Protesten von 2023–2025. Er stützt sich auf Interviews mit 102 Personen und eine Dokumentenprüfung. Amnesty zufolge hatten die staatlichen Stellen, denen die Ergebnisse zugesandt worden waren, bis zur Veröffentlichung nicht geantwortet. Der Bericht gehört zur vorangegangenen Bulletin-Periode und erscheint hier als Nachverfolgung.

© Amnesty International. Quelle Foto aus dem Bericht vom 19. Oktober; Fotodatum nicht angegeben.

Rechte und Folgemaßnahmen: Freiheit, Folterverbot und friedliche Versammlung. Überwachen Sie wirksame Untersuchungen und Rechtsmittel für die Opfer.

Amnesty • Ankündigung des Berichts • 19. Oktober

Follow-up bei früheren Fällen



Shampa Goswami / Front Line Defenders. Archivporträt; Datum nicht angegeben.

Bei Rückgaben aus der Schweiz an Türkiye oder im Fall Colleen Madden wurde keine neue endgültige Entscheidung überprüft. Die Schutzbedürfnisse von Shampa Goswami gehen weiter. In der Veröffentlichung des IHR vom 23. Oktober wird ein Hinrichtungsrisiko für Kolsoom Akbari gemeldet; die Berufungserklärung ist auf den 6. Oktober datiert.

INQUEST • Untersuchung zum Tod von Colleen Madden

Front Line Defenders • Shampa Goswami

IHR • Kolsoom Akbari • 23. Oktober

Auswahl und Anwendungsbereich

SRL Swiss wählt für sein wöchentliches Menschenrechtsbulletin Geschichten nach Schwere des Missbrauchs, öffentlicher und rechtlicher Bedeutung, zuverlässigen und überprüfbaren Quellen, geografischer und thematischer Vielfalt und Folgebedürfnissen aus. Verifizierte Fakten werden von Behauptungen unterschieden, und es werden wesentliche Einschränkungen und relevante Antworten angegeben. Das Bulletin ist keine erschöpfende Aufzeichnung aller Menschenrechtsverletzungen weltweit.

Diese Ausgabe schliesst ohne zeitliche Lücke an den 13.–19. Oktober an. Der nächste Zeitraum ist der 27. Oktober–2. November 2026. Quellenlinks stehen bei den jeweiligen Meldungen. Archivfotos zeigen nicht die aktuellen Ereignisse. Die rechtliche Analyse ersetzt keine abschliessenden gerichtlichen Feststellungen.

Quellenausgabe zuletzt geprüft am 26. Oktober 2026; Grundlage: türkische Fassung v08 und englische Ausgabe. Hinweise zu Bildrechten bleiben erhalten. Korrekturen: info@srlswiss.com.

26. Oktober 2026 • SRL Swiss • 8

Quellen und weiterführende Links — 1. iranhr.net · 2. frontlinedefenders.org · 3. inquest.org.uk · 4. amnesty.org · 5. egyptianfront.org · 6. egyptianfront.org